

# Kalter Krieg in der Wüste

Ein Jahr dauert die Katar-Blockade schon an – mit heiklen Folgen

VON MARTIN GEHLEN

Seit ein paar Wochen gibt sich Mohammed bin Salman plötzlich betont gelassen. Das Katar-Problem sei „trivial“, tönte der saudische Kronprinz bei seinem jüngsten Besuch in Ägypten, schließlich sei das Land kleiner als eine einzige Straße in Kairo. Tatsächlich hat der Thronfolger inzwischen allen Grund, das heikle Thema herunterzuspielen. Vor einem Jahr galt er als der politische Architekt des bisher spektakulärsten Zerwürfnisses unter den Golfstaaten. Inzwischen ist der erste Schock verflogen – und nichts gelöst. Katar erweist sich als ein geschickter wie hartnäckiger Kontrahent. Und so richten sich alle Seiten jetzt auf einen chronischen und langwierigen Machtkampf ein. Am Nil zog Mohammed bin Salman sogar die Parallele zu dem 60 Jahre währenden US-Embargo gegen Kuba.

Die Krise am Golf begann am 5. Juni 2017. Damals stellte Saudi-Arabien – mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Ägypten im Schlepptau – dem Kleinstaat am Persischen Golf ein umfassendes Ultimatum. Alle Land- und Flugverbindungen nach Katar wurden gekappt, einzig die Exporte von Gas und Öl per Schiff blieben bisher unangestastet. Obendrein präsentierten die vier Boykottnationen Doha eine Liste von 13 Forderungen, um die Minination mit ihren 300 000

Staatsbürgern auf die Knie zu zwingen. Katar sollte seine diplomatische Kooperation mit Iran herabstufen, das türkische Militär des Landes verweisen, den Sender Al-Dschasira schließen sowie alle Verbindungen zu sogenannten Terrororganisationen wie den Muslimbrüdern kappen.

## Doha nähert sich unter dem Druck immer mehr Iran an

Ein Jahr danach sind die Fronten dieses Kalten Krieges in der Wüste verhärteter denn je. Selbst der amerikanischen Regierung geht das Gezänk am Golf längst auf die Nerven. Wie sein Vorgänger Rex Tillerson redete auch der neue US-Außenminister Mike Pompeo den Saudis ins Gewissen – ohne Erfolg. Washingtons Militär hat nicht nur sein nahöstliches Hauptquartier auf katarischem Territorium. Das Weiße Haus möchte nach dem Atomausstieg von US-Präsident Donald Trump auch eine möglichst geschlossene arabische Front gegen Teheran ins Feld führen. Unter dem Druck des Boykotts jedoch nähert sich Doha immer stärker der Türkei und dem Iran an, mit dem es das größte Gasfeld der Welt teilt. Katars Emir Tamim Bin Hamad Al-Thani dankte kürzlich sogar demonstrativ der Islamischen Republik für ihre Unterstützung in der Krise.

In Katar selbst ist von dem Embargo nur noch wenig zu spü-

ren. Das Wirtschaftswachstum blieb 2017 mit 2,1 Prozent auf fast dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Die Regale in den Supermärkten sind voll, auch weil Ankara und Teheran mit Lebensmitteln einsprangen. Per Luftbrücke flog das Emirat sogar Kühe ein, um vor den Toren Dohas eine hypermoderne Molkerei aufzubauen, die die Lieferungen aus Saudi-Arabien ersetzen soll. Auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 läuft ebenfalls alles nach Plan, auch wenn das Baumaterial jetzt aus Malaysia und China herbeigeschafft werden muss.

Katars Banken dagegen brauchten Zuschüsse aus dem Staatssäckel, um die Kapitalflucht der Golfnachbarn auszugleichen. Gleichzeitig fielen die Devisenreserven um knapp 15 Prozent auf 39,7 Milliarden Dollar. Am stärksten aber schwankt Katar Airways. Der gekappte Verkehr mit den Boykottländern machte ein Viertel aller Flugbewegungen aus. Für andere Verbindungen sind teure Umwege nötig, weil die Golfkontrahenten und Ägypten ihre Lufträume gesperrt haben. Nach einer Schätzung des „Kuwait Financial Center“ verlor die Gesellschaft bisher Einnahmen von drei Milliarden Dollar. Die genaue Bilanz will Airline-Chef Akbar al-Baker Ende Juni vorlegen. „Noch kann ich das Ausmaß des Verlusts nicht exakt beziffern“, sagte er kürzlich. „Doch der wird beträchtlich sein.“

## NACHRICHTEN

### Ethikrat-Chef will an Paragraf 219a festhalten

Der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Peter Dabrock, plädiert in der Debatte über das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche für den Erhalt der bisherigen Gesetzeslage. Die Regelung, dass eine Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche „rechtswidrig, aber straffrei“ sei, finde er ethisch bedeutsam, sagte Dabrock. Bringe sie doch zum Ausdruck: Ein Schwangerschaftskonflikt sei zwar nicht mit den Mitteln des Rechts zu lösen, aber trotzdem müssten solche Fälle rechtlich geregelt sein. Wenn einmal menschliches Leben da sei, komme dem auch Schutz zu. Der Schutz könne aber nicht gegen die werdende Mutter durchgesetzt werden. epd

### Papst spricht Machtwort im Kommunionstreit

Papst Franziskus hat den Vorstoß deutscher Bischöfe zur Teilnahme protestantischer Ehepartner an der Kommunion gestoppt. Seit Wochen entzweit ein Streit darüber die katholische Kirche in Deutschland, nun sprach das Kirchenoberhaupt überraschend ein Machtwort. Franziskus sei der Auffassung, dass ein von der Deutschen Bischofskonferenz verabschiedetes Dokument „nicht zur Veröffentlichung reif“ sei, zitierte die katholische „Timespost“ am Montag aus einem Brief des Präfekten der Glaubenskongregation, Erzbischof Luis Ladaria, an den Vorsitzenden

der Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx. dpa

### Fluggesellschaften kämpfen gegen Menschenhandel

Fluggesellschaften weltweit wollen den Kampf gegen Menschenhandel vorantreiben. Zwar gebe es bereits Initiativen einzelner Konzerne, doch habe ein branchenweiter Ansatz bisher gefehlt, sagte Tim Colehan vom Internationalen Luftfahrtverband (Iata) in Sydney. Neue Richtlinien sollen dem Bordpersonal dabei helfen, Verdachtsfälle zu erkennen. afp

### Gedenken an Opfer vom Tian'anmen in Hongkong

Mit einer Mahnwache haben Demonstranten in Hongkong an die Opfer der vor 29 Jahren brutal niedergeschlagenen Tian'anmen-Proteste in Peking erinnert. Während auf dem chinesischen Festland öffentliches Gedenken an den 4. Juni 1989 verboten ist, versammelten sich in der autonom regierten chinesischen Sonderverwaltungszone am Montag viele Tausend Menschen im Victoria Park. dpa

### Trump will sich notfalls selbst begnadigen

In der Debatte über die Untersuchungen des US-Sonderermittlers Robert Mueller vertritt Präsident Donald Trump die Ansicht, er sei rechtlich dazu befugt, sich gegebenenfalls selbst zu begnadigen. „Ich habe das absolute Recht, mich selbst zu begnadigen“, twitterte Trump. dpa

## Türkische Truppen setzten PKK zu

Ziel sind Gebiete im Norden von Irak

Wenige Wochen vor den Wahlen in der Türkei hat die türkische Armee eine neue Offensive gegen die PKK-Guerilla im Nordirak gestartet. Die Armee stehe davor, die Hochburgen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den Kandil-Bergen einzuschließen, sagte der türkische Innenminister Süleyman Soylu am Montag der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu. Mehrere Gebiete seien bereits unter Kontrolle und Kandil sei „kein fernes Ziel“ mehr.

Es sei nicht eine Frage des ob, sondern des wann, sagte Soylu. „Kandil wird für die Türkei eine Sicherheitszone werden. Daran sollte niemand zweifeln.“ Die Armee stehe rund 26 Kilometer vor den PKK-Bastionen in den Kandil-Bergen, doch gebe es Gefechte und die Armee stoße auf selbstgebaute Sprengsätze, sagte Soylu. Vergangene Woche waren laut der Armee vier Soldaten bei Kämpfen mit der PKK im Nordirak getötet worden.

In den Kandil-Bergen werden die PKK-Führer Murat Karayilan und Cemil Bayik vermutet. Die türkische Armee fliegt regelmäßig Luftangriffe auf PKK-Stellungen im Nordirak. afp



## Fremde Freunde

Das transatlantische Verhältnis ist schwer belastet. Der Handelskrieg ist da nur ein Stichwort. Doch wie geht es weiter zwischen den westlichen Partnern? Über diese Frage diskutierten Marlene Hausteiner von der Universität Bonn und Wade Jacoby von der Brigham

Young University im US-Bundesstaat Utah am Montagabend mit rund 80 Menschen während der Podiumsdiskussion „Fremde Freunde – welche Wege gehen die USA und Europa?“ in der Evangelischen Akademie Frankfurt. FR-Redakteur Andreas Schwarzkopf moderierte

die Debatte zu der die Heinrich-Böll-Stiftung, das US-Konsulat, die Evangelische Akademie und die FR eingeladen hatten. FR BILD: MICHAEL

SCHICK